



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fürs eigene Treiben usurpierten Griechentums zu korrigieren, darauf hinzuweisen, daß die Griechen zwar lasterhaft, aber nicht pervers waren, und diese Lasterhaftigkeit auf ihren wahren Grund, das Leben der Frau in der Gynaikonitis wie der Orientalin im Harem, zurückzuführen? Nein, es lohnt sich nicht. Das Buch ist kein „Werk der Wissenschaft“, es gehört als Ausdruck einer schwer kranken Gesellschaft nicht vor den Richterstuhl der philosophischen Fakultät, sondern vor den Psychiater.

Bliebe noch eins zu fragen, ein Entscheidendes: Wußte George selbst von diesem Buche, das seine privatesten Angelegenheiten prostituiert und exhibitioniert? Wir hoffen nein. Sonst rissen wir uns die jahrelang gehegte leidenschaftliche Liebe zu seinen Büchern aus dem Herzen.

Reichs Spiegel

Zum Parteitag der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei trat in den ersten Dezembertagen in Nürnberg zu einer großen Tagung zusammen. Es war die erste Revue nach der Wahlschlacht vom 6. Juni. Da mit dem siegreichen Ausgang jener Schlacht die Partei die bedeutsame Wendung von einer Oppositionspartei zur Regierungspartei vollzog, mußte für Außenstehende noch mehr als für Parteimitglieder die Nürnberger Tagung vom Gesichtspunkt der Rechenschaftsablegung über diese Wendung Interesse haben. Inzwischen hatten zudem die sächsischen Wahlen der Deutschen Volkspartei gegenüber dem 6. Juni einen Rückgang von etwa 70 000 Stimmen gebracht. Und dieser Umstand mußte jener Rechenschaftsablegung zugleich auch den Charakter einer Besinnung auf politische Neuorientierung verleihen.

Den Politiker hat die Tagung insofern wenig befriedigt, als keine gesamt-politische Linie zu erkennen war. Man hatte zu sehr den Eindruck, daß die Tagung auf den momentanen Effekt berechnet wurde, deswegen auch den Zufälligkeiten der Massenstimmungen des Tagungspublikums preisgegeben war und nur in wenigen Erscheinungen den Rahmen eines reinen Agitationskongresses sprengte.

Gerade deswegen ist es vielleicht am Platze, von einer neutralen Stelle aus einige kritische Bemerkungen zum Entwicklungsstande der Deutschen Volkspartei zu machen. Denn die allgemeine Parteigärung ist so tiefgreifend, daß auch die äußerlich imposantesten Tagungen dem nachdenklichen Politiker die Tiefendinge dieser Gärung nicht verbergen können.

Die Deutsche Volkspartei hat bekanntlich in den letzten Reichstagswahlen als Sammelpartei des Bürgertums große Erfolge davongetragen. In instinktiver Gegenbewegung gegen die Revolution im allgemeinen und gegen die wilsonianisch-westlerische Politik der Demokratie, in gefühlsmäßigem Klassensozialismus gegen das Proletariat und seinen weichen Anhang in der regierenden Mitte, versuchte damals das Bürgertum in einer neuen Mittelpartei sich zu scharen. Die Ernüchterung vom „Nappismus“ hielt die bürgerlichen Massen zunächst von einer radikalen Entscheidung zugunsten der Deutsch-Nationalen Partei zurück. Es fand sich zudem fast die gesamte Unternehmerschicht Deutschlands in instinktmäßiger Reaktion gegen das Betriebsrätegesetz in der alten Interessenpartei des Unternehmertums, in der neu aufgemachten Nationalliberalen Partei zusammen. Das Herausstellen einer so gewaltigen Führerpersönlichkeit wie Hugo Stinnes war nur äußeres Symbol für diese parteipolitische Konzentration der Unternehmerschicht. Endlich hatte die Partei mit einer ganzen Reihe zugkräftiger Parolen (Sachverständigenführung, Arbeitsgemeinschaft, Kammer der Arbeit, Wiederaufbaupartei, Volksgemeinschaft) der negativen Bewegung des Bürgertums eine starke positive Richtung gegeben und damit große Werbekraft entwickelt.

Nach dem Wahlerfolg sah sich die Partei vor die schwierige Aufgabe gestellt, die auf sie gesetzten großen Erwartungen zu erfüllen. Die Revolution als Chaos und Zusammenbruchsbewegung galt es durch eine kühne Ideen- und Sachpolitik im Inneren zu überwinden. Nach außen sollte die westlerische Orientierung der lokalen und servilen Erfüllung des Friedensvertrages gebrochen werden. Zur Erfüllung beider Aufgaben mußte auf Grund der Wahlergebnisse eine neue Aufbauverwaltung realisiert werden. Die Partei selbst als siegreiche Sammelpartei des Bürgertums schien dazu berufen, die Regierungsbildung zu bestimmen. Gerade weil das Wahlergebnis vom parlamentaristischen Gesichtspunkt aus größte Schwierigkeiten schuf, konnte angenommen werden, daß die Deutsche Volkspartei im antiparlamentaristischen Sinne auf Grund der neuen Ideen der Sachverständigenführung, des Wirtschaftsprimats, vor allem der Arbeitsgemeinschaftspolitik, die Frage lösen würde, wie auch zu erwarten war, daß die Deutsche Volkspartei auf Grund ihrer Wahlpolitik sofort die Frage des Umbaus der Verfassung in der Richtung des § 165 aufwerfen und mit ihren Ideen eine Verfassungsreform erzwingen würde. Mit der Entpolitisierung, d. h. im parlamentaristischen Staate mit der Entstaatlichung der Wirtschaft konnte ernsthaft begonnen werden. Vor allem galt es draußen im Volk das gesammelte Bürgertum und darüber hinaus weite Kreise der Arbeiterschaft mit den positiven Ideen der Wahlen zu durchbringen, um zwischen den zum Teil widerspruchsvollen, ja entgegengesetzten Tendenzen der eigenen Wählerschaft einen tatsächlichen Ausgleich zu schaffen.

In der Frage der Regierungsbildung trat indes Merkwürdiges zutage. Als die Partei das Mandat zur Regierungsbildung weitergab, war dies nach außen das Eingeständnis einer Ohnmacht, die in auffälligem Widerspruch zum Wahlerfolg stand. Läßt sich auch advokatorisch der Beweis erbringen, daß für die Weitergabe des Mandats allerhand Gründe vorlagen, so kann der Eindruck nicht verwischt werden, daß in jenem Verhalten eine gewisse Impotenz zum Ausdruck kam. Es gelang der Partei auch nicht, ihre Sachverständigenidee durchzusetzen. Der Hinweis auf Groener weckt bei Kennern der Dinge nur ein Schmunzeln. Nur die Wahl des Außenministers kann als Erfolg gebucht werden. Aber die Entscheidung lag auf wirtschaftlichem Gebiete. Die großen industriellen Sachverständigen entzogen sich, wie bekannt, der Aufgabe, nach einer antiparlamentaristischen Wahlkampagne in einem unverantwortlichen, parteiparlamentaristischen Kabinett Brucharbeit zu leisten und für solche Brucharbeit die lebenswichtigeren Dinge der Wirtschaft zu gefährden. Die Partei hatte nun nicht die Energie, auf Grund dieser Haltung der Wirtschaftssachverständigen ihre Vorstöße gegen den im Wahlkampf bekämpften Parteiparlamentarismus fortzusetzen und zu steigern. Im Gegenteil. Man deutete die Haltung der Wirtschaftssachverständigen sogar für den Parteiparlamentarismus! Man war eben trotz der „Ideen“ der Wahlkampagne so stark parlamentaristisch, der Gesinnung nach, daß man gar nicht auf den Gedanken kam, daß die Haltung der Wirtschaftssachverständigen ein Zeugnis gegen den Parlamentarismus war. So verloren alsbald die im Wahlkampf vertretenen neuen und eigenen Ideen der Deutschen Volkspartei (Überwindung des Parlamentarismus, Primat der Wirtschaft, Sachverständigenpolitik, Kammer der Arbeit usw.) ihre Zugkraft. Und es kann nicht wundernehmen, wenn auf der Nürnberger Tagung dies dadurch zum Ausdruck kam, daß keiner dieser Ideen ein Ehrenplatz bei der Verteilung der Thematata eingeräumt wurde.

Dementsprechend gestaltete sich auch die Haltung der Deutschen Volkspartei zur sogenannten „nationalen Front“. Die intime Verbindung mit der Deutschen Nationalen Partei, die an der Eigenart des von den zwei Rechtsparteien vor den Wahlen formulierten „nationalen Gedankens“, wie vor allem an der Gemeinschaftsarbeit in zahllosen Volksgruppen (Industriegewerkschaft, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, nationale Frauenbewegung usw.) festgeknüpft worden war, riß ab. Die Deutsche Volkspartei, die führend war, zog nicht aus dem Vorhandensein der unterirdischen Einheitsfront beider Parteien die Konsequenz. Mit den Gedanken der „Arbeitsgemeinschaft“, „Notgemeinschaft“, „Volksgemeinschaft“ konnte

ße von der Rechtspartei bis weit in radikale Arbeiterkreise hinein die seelischen Fundamente festmauern, auf denen parlamentarisch oder antiparlamentarisch eine kraftvolle Regierung aufgerichtet werden mochte. Statt dessen mühte sich die Parteiführung auf Grund ihrer einseitig parlamentaristischen Zwangsvorstellungen viel zu sehr um das Scheinvolk der linksstehenden Parlamentarier, vernachlässigte die Einheitsfront rechts und brachte die Partei in Abhängigkeit von jener demokratischen Parlamentsmitte, gegen die man eben mit so großem Erfolg den Wahlkampf geführt hatte. Damit bekamen die „Negativen“ in der Deutsch-Nationalen Partei mehr Gewicht, als ihnen der Tendenz der nationalen Einheitsfront nach zutam. Die starken gemeinsamen Unterbauten der beiden Rechtsparteien wurden durchlöchert und in ihrer politischen Tragkraft geschwächt. Auch hierfür war die Nürnberger Tagung charakteristisch. Die „nationale Front“ der zwei Rechtsparteien wurde dort nicht ausgewertet. Und das in einem Moment, wo einerseits auf der Tagung der Gewerkschaften in Essen die „Arbeitnehmerfront“ von Lambach (D.-Nat.) bis Imbusch (Zentrum) gezogen wurde, und in Dresden U. S. P. und M. S. P. die gemeinsame Regierungsfront realisierten. Da die Verbindung nach der demokratischen Seite hin ob der Sprengungsgefahr gar nicht ernsthaft erwogen werden durfte, blieb die Nürnberger Tagung für die Deutsche Volkspartei der Kongreß der splendid isolation.

Vielleicht wäre das die beste Stellung geworden, wenn die Tagung nur den „Ideen“ der Partei gewidmet worden wäre. Also vor allem der „Arbeitsgemeinschaftsidee“. Aber hier offenbarte sich eine überaus bedeutungsvolle Lücke.

Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft war ursprünglich die bewußte politische Idealisierung der im Herbst 1918 ins Leben gerufenen tarif-politischen Arbeitsgemeinschaft der führenden Männer der Industriellenverbände und der Gewerkschaftsverbände. Generaldirektor Böglers war, vom Gesichtspunkt der Wirtschaft her, der lebendige Träger dieses Gedankens. Die Partei als solche hatte zunächst damit nichts zu tun. Die alte nationalliberale Ideologie war der Arbeitsgemeinschaftsidee sogar zuwider. Man könnte es sogar als eine Anomalie des deutschen Parteilebens bezeichnen, daß die Partei des Unternehmertums, die Partei des stärksten antisozialistischen Liberalismus, den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft aufnahm. Das Merkwürdige fand seinen Grund zunächst in der Persönlichkeit Böglers selbst, der als neuer Typ im Unternehmertum diesen Gedanken mit dem ganzen Schwergewicht einer in chaotischer Zeit doppelt gewichtigen Persönlichkeit seiner alten Partei ausdrückte. Ich sage: „ausdrückte“, denn die merkwürdige Bereitschaft der Deutschen Volkspartei diesem Gedanken gegenüber fand ihren zweiten Grund darin, daß die Arbeitsgemeinschaft als taktischer Versuch zur Überwindung der Betriebsräte aufgefaßt wurde. Von diesem Gesichtspunkt aus schluckte mancher die „Arbeitsgemeinschaft“, der sonst niemals für diese „sozialistische Idee“ hätte gewonnen werden können. Hier lag eine Zweideutigkeit vor, die dem großen Taktiker Stresemann die glänzendsten Wahlchancen bot. Mit sicherem Instinkt griff er danach. In der Kampfstellung gegen das Betriebsrätegesetz und gegen die Rätebewegung konnte man fast die gesamte deutsche Unternehmerschaft parteipolitisch um die Partei konzentrieren. Mit der Idealisierung der Arbeitsgemeinschaft konnte man andererseits die von der demokratischen und sozialistischen Revolution enttäuschten „Positiven“ gewinnen. Man übersah nur dabei, daß diese Zweideutigkeit die größten Gefahren in sich barg, für die Partei selbst, noch mehr für die Arbeitsgemeinschaft, wenn nicht alsbald Klarheit geschaffen wurde.

Die Arbeitsgemeinschaft war nämlich die neue politische Idee von rechts, wie der radikale Rätegedanke die neue politische Ideologie von links war. Und Ideen wollen merkwürdigerweise ernst genommen werden. Die Deutsche Volkspartei mußte es als ihre wichtigste Aufgabe empfinden, gerade weil von der latenten Zweideutigkeit der Gefahren drohten, durch ideelle Vertiefung und durch kühne praktische Politik der Arbeitsgemeinschaftsidee so viel Eroberungskraft zu verleihen, daß jede Zwei-

deutigkeit behoben und dadurch der gegenpolare Rätegedanke überwunden würde. Ansätze dazu lagen vor. Im Reichswirtschaftsrat wie in den von Stinnes und Bögler geforderten Landeswirtschaftsräten ging der Arbeitsgemeinschaftsgedanke praktisch und kühn zugleich an die Eroberung und Überwindung des Räteystems. Auch in der Betriebsratsfrage hätte man nur durchzustößen brauchen, wo man bereits angefaßt hatte. Denn schon im Frühjahr 1919, als Scheidemann den Rätegedanken noch als „spartakistische Schweinerei“ abtat, hatten Hugo Stinnes und Bögler einen gefunden Kern in der Bewegung entdeckt. Böglers Parteiverbundenheit hatte dann dazu geführt, daß der Kampf gegen die falschen Betriebsräte den positiven Kampf für die Arbeitsgemeinschaft überwucherte. In seinen an Stein erinnernden Reformideen hatte sich Bögler, leider hierin im Gegensatz zu Stein, zu sehr an die oberen Konstruktionen (Reichswirtschaftsrat, Landeswirtschaftsräte) geklammert. Aber gerade an diesem Punkte hätte die Deutsche Volkspartei bewahrheiten können, daß sie es tiefernst mit der Arbeitsgemeinschaftsidee meinte. Statt dessen ließ man vielfach die „Arbeitsgemeinschaft“ mehr oder weniger unter den Tisch fallen. Die Nur-Taktiker verschlossen sie in den Trümmern, wo Wählerkammerungen und Wahlprogramme, zu Hunderttausenden aufgespeichert, vermodern. Sie waren ja weder die Eigenschöpfer noch die gläubigen Anhänger der Idee. Ihnen war die Idee eine glänzende Sache der Wahlkampagne gewesen. Und so kam es, daß die Nürnberger Tagung den Gedanken der Deutschen Volkspartei, die Arbeitsgemeinschaftsidee, gar nicht mehr herauszustellen wagte. Man tröstete sich mit dem Hinweis darauf, daß die Arbeitererschaft die formale Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft in der sogenannten Zentralarbeitsgemeinschaft ablehne, statt an die eigene Brust zu klopfen und sich der eigenen Interessenlosigkeit gegenüber der Idee bewußt zu werden.

Damit komme ich zu der bedeutsamsten Feststellung: Wenn die Deutsche Volkspartei in einer Zeit allgemeiner geistiger Gärung nicht in grundsätzlicher Weise aus den von ihr selbst lanzierten Ideen heraus (Arbeitsgemeinschaft, Arbeitsfrieden, Sachverständigenführung, Überwindung des Parlamentarismus, von der Arbeitsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft, Primat der Wirtschaft, Kammer der Arbeit usw.) immerfort politische Zielbilder entwirft, politische Tageswege weist und politische Schlachten siegreich durchführt, dann geht sie über kurz oder lang an diesen Ideen zugrunde.

Eine erste Warnung lag im Wahleresultat der sächsischen Wahlen. Die Parteimüdigkeit der Wähler übertrug sich nicht zuletzt auch auf die Partei, welche versprochen hatte, mehr zu sein als parlamentaristisch-spielerische Partei, die mit ihren Ideen gerade die Befreiung vom Parlamentarismus verkündet hatte. Jenes „Es ist doch nichts anders geworden“, das Strefemann und Heinze vor dem Forum der 1000 Delegierten in Nürnberg dialektisch zerzausten, ist nicht das logische Resultat politisch-wissenschaftlicher Untersuchungen, sondern der einfache volkpsychologische Reflex auf das Zurückstehen der Tatpolitik der Deutschen Volkspartei bei der Führung der Regierungsgeschäfte hinter der Wortpolitik der letzten Reichstagswahlen.

Eine andere Warnung stellt das Schicksal der U. S. P. D. dar. Der Zerfall, ja die Sprengung jener Partei zeigt, von wie geringer innerer Kraft eine Sammelpartei heute ist, wenn sie dem Opportunismus verfällt und Ideen assimiliert, die nicht genügend ernst genommen werden. Die U. S. P. D. ist am R ä t e g e d a n k e n zugrunde gegangen, weil sie diese Revolutionsidee mechanisch übernahm, damit spielte, stolz auf den Vorbeeren eines ersten Wahlerfolges ausruhte, sich um eine Vertiefung des Gedankens gar nicht mühte und damit die Massen auf Grund der unausbleiblichen Enttäuschungen aus dem eigenen Lager verdrängte. Dasselbe Schicksal droht der Deutschen Volkspartei, wenn sie ihren eigenen Ideen noch untreuer wird, als sie im Gefühl der Massen heute schon vielfach erscheint.

Die dritte Warnung an die Partei kommt, unbewußt, von der Deutsch-demokratischen Partei her. Dort haben wir es mit einem leerstehenden Apparat zu tun, von dem einige Duzend Parteirepräsentanten noch traditionell getragen sind. Man will in Ehren untergehen. Das kann nicht besser geschehen, als durch eine Ver-

schweißung mit der Deutschen Volkspartei. Selbstverständlich wird man auf der demnächstigen Tagung der Deutsch-demokratischen Partei (ebenfalls in Nürnberg) das Gesicht wahren. Aber der Zug dahin ist überaus stark. Zwischen dem parlamentarischen Flügel der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei besteht faktisch kein Unterschied. Da die Aufnahme alter Parteigrößen der Demokratischen Partei schon anlässlich der letzten Wahl die Wege geebnet hat, läßt sich der Strom zwischen beiden Bewegungen kaum noch aufhalten: Formaler Demokratismus, Verfassungspolitikertum gegen Sachverständigenführung, Parlamentarismus, Opportunismus, Politik des kleinen Tagesausgleichs, das sind die ausgesprochenen und unausgesprochenen Losungen. Das wäre praktisch die Rettung der Formaldemokratie und — Sprengung der Deutschen Volkspartei.

Und als letzte Warnung wird jeder ernste Politiker innerhalb der Deutschen Volkspartei die Essener Tagung der christlich-nationalen Gewerkschaften empfunden haben. Was der Nürnberger Tagung an politischer Bedeutung ermangelte, hatte diese Essener Tagung fast im Übermaß. Die Rede Stegerwalds war inhaltlich und politisch-taktisch eine Tat, deren Bedeutung für unsere politische Entwicklung nicht leicht überschätzt werden kann. Weniger der Umstand, daß Stegerwald sich einmal wieder zu einer programmatischen Kundgebung aufschwang, als vielmehr die Tatsache, daß die Rede wie die ganze Tagung von langer Hand als neuorientierende vorbereitet worden waren, lassen die Vermutung aufkommen, daß die Initiative zum Handeln im parteipolitischen Umbildungsprozeß von der Deutschen Volkspartei auf die christlichen Gewerkschaften übergegangen ist.

Jedenfalls wird man innerhalb der Deutschen Volkspartei diese Warnungen nicht einfach in den Wind schlagen können. Im Sturm der heutigen Zeiten hält nur der Stand, der auf Horchposten hört und das Gesetz des Handelns nur vom eigenen Willen annimmt.

Eduard Stadler

Weltspiegel

England und Amerika. Wie schon im vorigen Weltspiegel angedeutet, versucht man in Griechenland tatsächlich, die außenpolitische Linie festzuhalten. Wenigstens hat sich Sunaris einem Vertreter der „Times“ gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß sich eine solche Politik jetzt besser denn je durchführen lasse, da die jetzige Regierung sich auf das Vertrauen des Volkes zu stützen in der Lage sei. Seitdem läuft zwischen Athen und Luzern, Athen und London und Paris und London Vorschlag über Vorschlag, Erwägung über Erwägung. England will den Vertrag von Sevres unberührt wissen. Griechenland aber verlangt für Aufrechterhaltung des Vertrages und Unterstützung der englischen Politik finanzielle Kräftigung, die wieder England ohne Kontrolle nicht gewähren kann oder will. Die Franzosen möchten, abgesehen von ihrem Mißtrauen gegen Konstantin, wieder nicht, daß England allein die griechischen Finanzen kontrolliere, ohne doch andererseits den Griechen den Besitz von Smyrna garantieren zu sollen. Denn das verdrübe wieder die Annäherung an die Anatolier, die man braucht, erstens zur Balancierung des englischen Übergewichts im nahen Orient, zweitens um in Cilicien zur Ruhe zu kommen und hier Geld und Truppen zu sparen. Bekommen aber die Anatolier Smyrna, so brauchen die Griechen wieder keine finanzielle Unterstützung und brauchen auf Frankreichs Wünsche in der Königsfrage keine Rücksicht zu nehmen. Inzwischen scheint sich nach der Fassung der Entente-note an Griechenland, mehr noch nach den Äußerungen Konstantins im „Matin“ zu urteilen, der englische Standpunkt in der griechischen Frage in allem Wesentlichen durchgesetzt zu haben. Die Revision des Vertrages von Sevres wird verschoben. Die Franzosen werden um ihrer plötzlich erwachten Freundschaft für Mustapha Kemal willen noch manchen harten diplomatischen Strauß auszufechten haben, und es ist möglich, daß einer dieser Waffengänge dem französischen Ministerpräsidenten seine Stellung kostet. Für diesmal hat er sie, trotzdem man mit seinen mehr dekorativen „Erfolgen“ in der griechischen Angelegenheit wenig zufrieden ist, noch gerettet, weil er außer einem Abkommen mit England in Sachen der syrisch-palästinensischen Ab-